



## Presseinformation

Nr. 417/2011

Kiel, Mittwoch, 24. August 2011

Kultur / Ehrenamt

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige, MdL**  
Parlamentarische Geschäftsführerin

### Jens-Uwe Dankert: Ehrenamtler dürfen nicht durch Rechtsunsicherheit abgeschreckt werden

In seiner Rede zu **TOP 40** (Initiative für das Ehrenamt in Schleswig-Holstein) sagt der FDP-Landtagsabgeordnete, **Jens-Uwe Dankert**:

„Was in Deutschland und in Schleswig-Holstein Tag für Tag auf den Gebieten Sport, Soziales, Kultur und den vielen sonstigen im Bericht aufgezählten Handlungsfeldern geleistet wird, wäre ohne den selbstlosen Einsatz von Millionen sich ehrenamtlich engagierender Menschen nicht möglich.“ Da sich der Staat angesichts der knappen Mittel in den Haushaltskassen zunehmend auf seine Kernaufgaben konzentrieren müsse, werde die Bedeutung des Ehrenamtes immer weiter steigen, so Dankert.

„Unterschiedliche Begrifflichkeiten in den verschiedenen Rechtsgebieten, wie beispielsweise im Steuer- und Sozialversicherungsrecht, sind nicht nur hemmend und für die betroffenen Ehrenamtler schwer nachzuvollziehen. Nein, sie bewirken auch eine enorme Rechtsunsicherheit und zusätzlichen Verwaltungsaufwand.“ Die Landesregierung überprüfe deshalb laufend die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement. So sei beispielsweise die Mustersatzung für die Feuerwehren überarbeitet worden, um der zunehmenden Trennung von Wohnort und Arbeitsstätte Rechnung zu tragen, sowie die Entschädigungsverordnung zuletzt zum 1. Dezember vergangenen Jahres an die aktuelle Preisentwicklung angepasst und um acht Prozent angehoben worden.

„Eine Erhöhung der Entschädigungen für das Ehrenamt im kommunalen Bereich kann nicht unmittelbar von der Landesregierung bewirkt werden. Lediglich die festzusetzenden Höchstbeträge können von hier aus angehoben werden.“ Die Kommunen vor Ort könnten und müssten entscheiden, ob sie den Ehrenamtlern mehr zahlen wollten und vor allem, ob sie das denn überhaupt könnten. Besonders gefreut habe die FDP natürlich, dass das CDU-geführte Finanzministerium die Kritik an den unterschiedlichen Regelungen zur Steuerbefreiung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten im öffentlich-rechtlichen und privaten Bereich teile. Deshalb sollte eine entsprechende Initiative zur Vereinheitlichung der Einkommensteuerfreibeträge auf hohem Niveau von Schleswig-Holstein ausgehen, so Dankert abschließend.